

Die „Vollstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.  
Verantwortlicher Redakteur: H. Baumüller, Magdeburg.  
Für den Inseratenteil sowie für die Abdruck „zur Volksfrage“ verantwortlich:  
Karl Bantau, Magdeburg.  
Verlag von B. Harbaum, Magdeburg-Neustadt.  
Druck von E. Arnoldt, Magdeburg.  
Fernsprech-Anschluss Nr. 1567, Amt 1.

# Vollstimme

Prämien und Geschenke:  
Abonnementpreis:  
Bretteljähr. inkl. Fringelohn 2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.  
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.  
Bei den Postanstalten 2,50 Mk. exkl. Postgebühren.  
Einzeln Nummern 5 Pf.  
Sonntags-Nummer 10 Pf.  
Zeitungsliste Nr. 7095.  
Inserationsgebühr 15 Pf.  
Arbeitsmarkt 10 Pf.  
für die gewöhnliche Zeile.

## Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter.  
Ferdinand Lassalle.

No. 114.

Magdeburg, Freitag, den 17. Mai 1895.

6. Jahrgang.

### Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 15. Mai 1895.

Der Reichstag hat bereits in der vorigen Session einen Antrag auf Abänderung des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag angenommen, der eine Sicherung des Wahlheimnisses bezweckte. Der Bundesrat wies aber den Antrag zurück. Die Folge dieser Ablehnung war die Erneuerung des von dem Abgeordneten Ricker eingebrachten Antrags, der von sämtlichen Parteien, außer der konservativen Partei, unterstützt wurde. Bei dieser Gelegenheit kam es zu äußerst interessanten Debatten über die von konservativer Seite geplanten Angriffe auf das allgemeine gleiche Wahlrecht.

Zum Ergötzen der Mitglieder erklärten die Herren von der konservativen Partei, daß es ihr nicht einfallt, das Wahlrecht anzugreifen; was die konservative Presse schreibe, ginge der Partei nichts an. Singer hielt diese Auffassung für höchst sonderbar; er wies mit Recht darauf hin, daß es ganz besonders die konservative Partei ist, welche die Sozialdemokratie verantwortlich mache für alle Preßstimmen und es die konservativen Herren sind, welche vom Landtag und dem Herrenhause in den Reichstag hineinreden, um diesen von dort aus mit seinem Wahlrecht in die Luft zu sprengen versuchen. Der Antisemit Liebermann von Sonnenberg hielt auch die Einführung der Wahlpflicht für nötig; denn durch die Wahlpflicht sei die Vertreibung der Sozialdemokraten aus dem Parlamente möglich. Der Herr machte auch sonst noch Wippchen und Wägchen, so daß Bebel diesen allzu eifrigen Verfechter agrarischer Interessen derb auf die Finger klopfen mußte. In seiner Erwiderung war der Antisemit lendenlähm; daß die Hiebe gefessen, welche Bebel ausgeteilt, wird Liebermann von Sonnenberg wohl empfinden. Seine Parteigenossen sahen mit verdutzten Gesichtern zu, wie ihr „Führer“ moralisch geächtigt wurde — niemand kam ihm zu Hilfe. Ja man fordert nicht ungekrant die Sozialdemokraten zur Abwehr heraus. Auch an heiteren Episoden war die heutige Sitzung reich. Abg. v. Kardorff wollte mit aller Gewalt die Abstimmung über den Antrag Ricker hintertreiben. Er beantragte Vertagung der Sitzung. Dieser Antrag fand aber nicht die genügende Unterstützung, da höchstens 10 konservative und freikonservative Abgeordnete im Saale waren. Als nach Annahme des entscheidenden Paragraphen über die weiteren Paragraphen abgestimmt werden sollte, bezweifelte Herr v. Kardorff die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Namensaufruf ergiebt, daß nur 161 Abgeordnete anwesend sind. Es trat hierauf Vertagung ein.

93. Sitzung vom 15. Mai.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des vom Abg. Ricker eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung des Reichswahlgesetzes, Abgabe von Wahlzetteln in geschlossenen Couverts und Herstellung von abgetrennten Räumen, in denen der Wähler unbeachtet den Wahlzettel in das Couvert legen kann. Ausdehnung der Wahlfreiheit bis 7 Uhr.

Abg. Ricker (Zs. Bgg.): Von Jahr zu Jahr tritt die Notwendigkeit der Sicherung des Wahlheimnisses immer dringender hervor, wie die Berichte der Wahlprüfungskommission beweisen. Denn es ist nichts widerlicher und verfassungswidriger, als wenn das Wahlheimnis fortwährend verlegt wird. Unser Antrag soll zugleich ein Protest gegen die Bestrebungen namentlich der konservativen Presse und Abgeordneten sein, das Wahlrecht einzuschränken durch Umsturz der Verfassung. Wir müssen gegen diese Hochverräterei Protest einlegen. Ich hoffe, daß der Antrag auch in dieser Session Annahme findet. (Beifall links.)

Abg. Wasser mann (nl.): Auch wir wünschen, daß unser Volk sich noch lange des allgemeinen, geheimen Wahlrechts erfreue, und sind bereit, wo sich Schäden zeigen, die bessere Hand mit anzulegen. Die Einrichtung eines Stimmraumes erscheint uns sehr bedenklich. Auf dem platten Lande werden die Wahlzettel sich nicht leicht durchfüttern lassen. Aber angesichts der glänzenden Ergebnisse, die man damit in den einzelnen Staaten gemacht hat, kann ich doch im allgemeinen meine Bedenken zurückstellen.

Abg. Lieber (C): Das Centrum habe die Anregung zur Reform des Wahlverfahrens von Anfang an auf das lebhafteste begrüßt und werde auch in dieser Session den Antrag annehmen. Je mehr Angriffe das allgemeine Wahlrecht erfährt, umso mehr müssen seine Freunde darauf bedacht sein, das Wahlheimnis zu schützen; denn bei dem Wahlsprüngen habe man traurige Erfahrungen machen müssen. Wir müssen Vertagung dagegen einlegen, daß nach einem neuen Rezept eines alten Staatsmannes die Einzelhandlung sich in die Reichstagsangelegenheiten mischen und daß man mit einem Konflikt droht, was uns mit unserem Wahlrecht in die Luft zu sprengen. Ich wünsche solche Dinge mit Entschiedenheit zurück.

Abg. Dr. v. Buchta (konf.): Herr Ricker hat meiner Partei vorgeworfen, daß sie das Reichswahlrecht besetzen wolle. Von demartigen Behauptungen meiner Freunde ist mir nichts zu Ohren gekommen (Lachen links und im Centrum). Wir befinden uns ganz wohl bei dem allgemeinen Wahlrecht. Den Antrag Ricker lehnen wir ab.

Abg. Singer (Soz.): Die konservative Partei lehnt es jetzt ab, Segnerin des allgemeinen, direkten, geheimen Wahlrechts zu sein. Bisher hat die konservative Partei eine gewisse Solidarität mit ihrer Presse bewahrt. Und wenn in dieser Presse wiederholt die Anforderungen an die Regierung gerichtet wird, sie möchte doch auf dem Wege des Staatstreichs das allgemeine, gleiche Wahlrecht beseitigen, dann steht es dem Abg. Buchta schlecht an, in der Weise über das allgemeine gleiche Wahlrecht als den Ausdruck des Willens seiner Partei zu reden. Vielleicht erlaubt er sich bei seinem Fraktionsgenossen Grafen Mirbach, was er über das Wahlrecht im Herrenhause gesagt hat. Die kon-

servativen können im Parlamente überhaupt nur existieren, wenn sie auf die Günst der Regierung und die Macht der Landräte rechnen können. Es ist sehr erfreulich, daß der Abg. Lieber namens des Centrums die feste Entschlossenheit ausgesprochen hat, an dem allgemeinen direkten Wahlrecht nicht mehr rütteln zu lassen.

Wenn der Reichstag entschlossen ist, die Rechte des Volkes in Bezug auf das allgemeine, geheime, direkte Wahlrecht zu wahren, dann hat er auch die Mittel in der Hand, die verbündeten Regierungen zu zwingen, den Beschlüssen des Reichstages nachzukommen. Der Bundesrat hat sich über unsere Forderung des Wahlgesetzes noch nicht schlüssig gemacht. Nun gut, so schlage ich vor, die Beschlüsse über die Vorlagen der Regierungen auszuheben, bis der Bundesrat Zeit gefunden hat, sich schlüssig zu machen über jenen unseren Beschluß. Wenn der Reichstag die verfassungsmäßigen Mittel, die er in der Hand hat, benutzen will, dann ist es einfach dem Bundesrat unmöglich, mit so souveräner Berachtung über die Beschlüsse des Reichstages hinweg zu gehen, wie es wiederholt der Fall gewesen ist. Bewilligen wir doch den Etat nicht, dann wollen wir einmal sehen, was die verbündeten Regierungen machen werden.

Wenn Herr Lieber seinen großen Einfluß auf seine Fraktion anwenden wollte, dann würden wir es gar nicht nötig haben, Session für Session denselben Beschluß zu wiederholen. Ganz dasselbe, was in Bezug auf das allgemeine Wahlrecht, kann auch in Bezug auf die Diäten geschehen. Wenn das Centrum den ernstlichen Willen hat, die Diäten durchzuführen und einem Bestände ein Ende zu machen, her es nur den Beschlüssen ermächtigt, der Volksvertretung anzugehören, dann kann es die Ablehnung des Bundesrats mit der strikten Ablehnung seiner Vorlagen beantworten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Boetticher: Namens der verbündeten Regierungen kann ich über diesen Antrag keine Erklärungen abgeben, da der Bundesrat bekanntlich bisher keinen Beschluß über den im vorigen Jahr vom Reichstage angenommenen Gesetzentwurf gefaßt hat. Ich möchte nur die Aufmerksamkeit des Redneren berichtigen, als ob der Bundesrat mit souveräner Berachtung auf den Reichstag herniederkäme. Daraus, daß Beschlüsse des Reichstages die Zustimmung des Bundesrates nicht finden, oder daß der Bundesrat sich Zeit läßt, um zu den Beschlüssen des Reichstages Stellung zu nehmen, kann doch logischerweise nicht eine Verachtung des Reichstages hergeleitet werden.

Der Abgeordnete empfahl, den Etat abzulehnen und die Beschlußfassung über die Vorlagen der verbündeten Regierungen auszusetzen. Glaubt denn der Redner damit den verbündeten Regierungen einen besonders großen Kummer zu verursachen? Wachen wir denn unsere Vorlagen und den Etat im Interesse der verbündeten Regierungen? Nein, im Interesse des Reiches. Und wenn der Reichstag aus irgend welcher besonderen Empfindlichkeit eine Regierungsvorlage nicht annehmen oder den Etat verteidigen wollte: Habeat sibi. Den verbündeten Regierungen entsteht daraus kein Kummer, das Reich aber wird geschädigt. (Zustimmung rechts.)

Abg. v. Jarlinski (Pole) erklärt die Zustimmung der Polen zu dem Antrag.

Abg. v. Jarlinski (Pole) und Abg. Förster (Antisemit) be-  
fürworten den Antrag Ricker.

Abg. Ricker (freil. Berg): Wir verlangen, daß der hohe Bundesrat bezüglich unseres schon sechs Jahre alten Antrages einen Beschluß faßt. Graf Mirbach hat doch im Herrenhause erklärt, die Fürsten sollten sich entschließen, einen neuen Reichstag auf der Basis eines neuen Wahlrechts ins Leben zu rufen und zwar unverzüglich. Es folgte dann Beifall, der doch auch von den Konservativen herkam. Später erinnerte Graf Mirbach daran, daß schon einmal ein unlösbarer Scheinender Fall mit dem Schwerte gelöst sei. Man verlangt vom Volk Achtung vor den Gesetzen. Wo soll diese Achtung herkommen bei dem Umsturz von oben?

Abg. Graf Limburg-Sirum (nl.): Graf Mirbach hat nicht gesagt, das Wahlrecht sollte auf nicht verfassungsmäßigen Wege abgeändert werden. (Lachen links.)

Hoher nimmt Abg. Singer seine Behauptung, daß meine Partei die Abschaffung des allgemeinen geheimen Wahlrechts wolle? Doch nur aus Prepartikeln. Ich halte kein Wahlrecht für vollkommen, auch das geheime, allgemeine Wahlrecht nicht. Die faktischen Angriffe gegen das allgemeine, geheime Wahlrecht gehen nicht von unserer Seite, sondern stets von Ihnen (nach links) aus. (Zustimmung rechts, Lachen und Widerspruch links.) Wollen Sie eine Reform des Reichswahlrechts, so stellen Sie Anträge, dann muß das Wahlrecht aber im ganzen einer Revision unterzogen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Lieber (C) begrüßt lebhaft die Erklärung der Konservativen, daß sie das allgemeine Wahlrecht nicht angreifen werden.

Abg. Liebermann (Antij.) empfiehlt den Antrag Ricker, da derselbe den Wahlerorismus der Sozialdemokraten und der einflussreichen Juden verhindere. Redner befrwortet die Einführung der Wahlpflicht.

Abg. Singer (Soz.) befreit, daß die Sozialdemokratie Wahlerorismus ausübe. Abg. v. Liebermann glaubt wohl auch selbst nicht daran. Die Forderung der Wahlpflicht ist ein altes Inventarstück gerade der sozialdemokratischen Partei, das sich die Antisemiten angeeignet haben. Abg. v. Liebermann sollte aber auch nicht die Wahlpflicht der Frauen vergessen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antij.): Auf die persönlichen Invektive des Redners, daß ich an meine Ausführungen selbst nicht glaube, zu antworten, verbietet mir das Gefühl, daß Herr Singer mich nicht beleidigen kann. Daß ein fürchterlicher Terrorismus seitens der Sozialdemokratie geübt wird, ist sicher; daß die Sozialdemokratie dazu keine Macht hätte, stimmt nicht zu der Erklärung des Abg. Bebel, daß die Sozialdemokratie ihre eigene Polizei hätte; aber ein juristischer Beweis ist dafür nicht zu erbringen. Es sollten auf solche Wahlbeeinträchtigungen strenge Strafen gesetzt werden und die Parteien sollten auf solche Dinge mehr achten. Das Wahlrecht der Frauen wollen wir nicht; wenn es eingeführt würde, so würde sich die konservative Natur der Frauen zeigen, die von den letzten Zielen der Sozialdemokratie sicher nichts wissen wollen.

Abg. Träger (freil. Volksp.): Dieser Antrag ist nicht ein Angriff auf das Wahlrecht, sondern eine Schutzwehr desselben. Ebenso wenig ist es dem Grafen Limburg gelungen, in der Interpretation der Forderung des Grafen Mirbach Herrn Ricker zu widerlegen. Graf Mirbach spielte auf den gordischen Knoten an, den Alexander der Große mit dem Schwert gelöst. Der Bergleisch hinkt indes zu meiner Freude.

Abg. Bebel: Der Abg. v. Liebermann ist sehr leicht mit persönlichen Invektiven bei der Hand. Er vergißt aber, daß er seit dem Anfang mit derartigen Ausfällen macht. Wenn jemand ihn dann mit gleicher Münze dient, dann klagt und jammert er über persönliche Beschuldigungen. Würde seine Rede weise auf allen Seiten angewandt werden, dann würde es mit unserem politischen Leben noch trauriger als jetzt. Der Abgeordnete von Liebermann hat gemeint, ich hätte in der Unterausschuss erklärt, wir hätten eine eigene Polizei. Nun

weiß er ganz genau, in welchem Zusammenhang ich diese Äußerung gethan habe. Ich habe dort gesagt, daß wir von dem Treiben der Lockpöbel und Protokollanten genau unterrichtet sein, denn wir hätten auch eine Polizei und seien viel besser unterrichtet, wie die Regierung es glaube. Es war also ein sehr unglücklicher Versuch des Abgeordneten v. Liebermann, diesen Gegenstand mit der vorliegenden Frage in Verbindung zu bringen. Wenn Herr Liebermann gemeint hat, dieser Gesetzentwurf sei bis zu einem gewissen Grade geeignet, der Wahlagitation der Sozialdemokratie Einhalt zu thun, so erkläre ich, daß wir für jeden Gesetzentwurf stimmen werden, der dazu beitragen kann, die Wahlen vor ungesegneten Eingriffen zu schützen, das Wahlheimnis zu sichern und die Volkstimmen in geordneter Weise zum Ausdruck kommen zu lassen.

Wir wollen nicht bloß die Wahlpflicht, sondern auch das proportionale Wahlrecht; denn bei 1 800 000 Stimmen würden wir 90 statt 46 Mandate im Reichstage haben müssen. Daß die Stimmen der Frauen größtenteils den Konservativen zufallen, wissen wir, trotzdem verlangen wir das Frauenstimmrecht. Sie lehnen alle unsere Anträge lebhaft ab, weil sie die Folgen fürchten. Die Postlage hat den Fürsten Limburg gezwungen, das allgemeine Wahlrecht zu geben und heute warten die Konservativen nur auf die gute Gelegenheit, um es wieder aus der Welt zu schaffen. Wer, wie Graf Limburg es als sein Recht betrachtet, in der ersten Abteilung zwei Wahlmänner zu ernennen, der kann sich hier nicht als Verteidiger des allgemeinen Wahlrechts aufspielen. Wenn von Seiten der Regierung die Abänderung des Wahlrechts beantragt wird, dann werden Sie (rechts) dagegen keinen Widerstand leisten.

Damit ist die erste Beratung erledigt. In der zweiten Beratung wird über den ersten Teil des Antrags (Abänderung des § 6 des Wahlgesetzes) nicht diskutiert.

Die Abänderung des § 6 des Wahlgesetzes im Sinne des Antrags Ricker wird darauf angenommen gegen die Stimmen der Konservativen und Reichspartei.

Es folgt nunmehr die Beratung über die Abänderung des § 10 des Wahlgesetzes. Eine Wortmeldung zur Diskussion liegt nicht vor. Vor der Abstimmung erklärt

Abg. v. Kardorff: Für den Fall der Abstimmung bezweifle ich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Das Bureau schließt sich dem Zweifel an. Daraufhin wird die Auszählung vorgenommen. Der Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von nur 161 Mitgliedern. Das Haus ist demnach nicht beschlußfähig. (Besonders schwach waren die Bänke der Rechten besetzt.) Die Sitzung muß demnach abgebrochen werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Gesetzentwürfe, betr. Reichsbahn der Bundesstaaten, betr. Reichsgesetz für Militärpersonen, betr. Invalidenfonds; Nachtragsetat; Bundessteuerreformgesetz.)

Das Zucker-, „Notgesetz“ ist dem Reichstage zugegangen. Nach § 68 des Zuckersteuergesetzes vom 31. Mai 1891 betragen die Zuschüsse für ausgeführten Zucker bis Ende Juli 1896 in der Klasse A Mk. 1.25, in der Klasse B Mk. 2, in der Klasse C Mk. 1.65 für 100 Kilogramm. Diese Zuschüsse sollen vom 1. August 1895 ab auf Mk. 1, Mk. 1.75 und Mk. 1.40 ermäßigt werden und mit dem 31. Juli 1897 überhaupt fortfallen. „Mit Rücksicht auf die Volkstage“, schreibt die Berliner Korrespondenz, „in der sich die Zuckerindustrie und mit ihr die Landwirtschaft infolge der in den letzten Jahren ständig heruntergegangenen Zuckerpreise, auf deren Hebung in absehbarer Zeit keine Aussicht vorhanden ist, befindet, sollen nach dem Entwurf für den Fall, daß weitergehende Änderungen des Zuckersteuergesetzes sich vor dem 1. August d. Js. nicht ermöglichen lassen, einstweilen die Zuschüsse in ihrer jetzigen Höhe aufrecht erhalten werden.“ Wie lange dieses „einstweilen“ dauern soll, wird nicht gesagt. Bezeichnend ist die liebevolle Rücksichtnahme auf die Zuckerbarone. Wenn in anderen Industrien die Preise infolge riesenhafter Ueberproduktion sinken, so hot man dafür nur ein Achselzucken oder den Rat, die Produktion einzuschränken. Hier aber, wo es sich um den Profit der Junker handelt, soll der Staat die Ausfuhrprämien weiter bezahlen, um den Herren ihren Gewinn zu sichern, der in Frage gestellt ist, weil infolge der Ausfuhrprämien gerade die Anspannung der Produktion eine so starke geworden ist.

Die Reichstagskommission für den Antrag Rantzig nahm folgenden Antrag an: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den in Aussicht genommenen statistischen Zusammenstellungen auch Nachweise beizufügen, a) wieviel Getreide und Wehl seit etwa zehn Jahren in Deutschland eingeführt wurde, b) über welche Strecken und c) wieviel aus Deutschland ausgeführt wurde.

Die Gewerbeordnungs-Kommission des Reichstages beendete die erste Session und trat sodann in die zweite Session ein. Ein sozialdemokratischer Antrag über Engagementsverhältnisse bei Theatern wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Bei der Reichstagswahl in Ulm siegte Demokrat Gähle mit 926 Stimmen über Schumann (freikons.), der 7626 Stimmen erhielt.

Hans Blum hat dem Reichstage eine Korrektur der Rede unseres Genossen Bebel zugehen lassen. Bebel hatte in der Sitzung vom 9. Mai behauptet: Die Liberalen aus dem Königreich Sachsen, die im Jahre 1866 für die Annektion waren, — später wurden lauter National-liberale daraus, Karl Bieder mann und Hans Blum gehören dazu — hätten wegen Hochverrats bestraft werden müssen, wenn nicht eine besondere Bestimmung des Friedensvertrages ihnen Amnestie gesichert hätte. — Diese Behauptung sei als eine von Herrn Bebel ausgesprochene Lüge



gerichtlich erwiesen. Die hierauf bezugnehmenden Entschlüsse stiftet Hans Blum seiner Erklärung bei, welche ebenso wenig die Thatsache beseitigt, auf die es allein ankommt, daß Leipziger und andere sächsische Liberale im Jahre 1866 sich auf „hochverrätherischem“ Wege befunden haben, wie auch die weitere Behauptung bestehen bleibt, daß eine Klausel des 1866er Friedensvertrages eben jenen sächsischen „Hochverräthern“ Strafflosigkeit zusicherte. Unrichtig soll nach der Auffassung Hans Blums sein, daß er jener Resolution zugestimmt hat, auf welche Weibel hinweist. Nun ist aber auch andererseits gerichtlich festgestellt, daß Hans Blum in einem Prozesse wider die Redaktion des Hamburger Echo nicht angeben konnte, ob er für oder gegen die Resolution gestimmt hatte, während er später in einem Prozesse gegen die Redaktion des Wähler beschwor, gegen die Resolution gestimmt zu haben. — Daß Genosse Weibel sich mit Hans Blum beschäftigte, bedauert die Leipziger Volkszeitung, welche es auch an der Zeit findet, Hans Blum völlig zu ignorieren. Bei dieser Ansicht will sich die Leipziger Volkszeitung mit der Mehrheit unserer Parteipresse befinden. Um keinerlei Deutung Spielraum zu geben, erklären wir, daß wir nicht zu jener Mehrheit gehören. Hans Blum zu ignorieren, hieße ein System ignorieren. So wenig wie wir im Stande sind die Blum'schen Auslassungen oder Thaten (Hans Blum ist Mitarbeiter der Magdeburgischen Zeitung, „Benjamin Gansleben“ wird uns dies bestätigen) zu ignorieren, so wenig wird dies auch unser Leipziger Parteiorgan thun können.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Konservativen **Obstruktionspolitik** treiben und in jeder Sitzung die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifeln wollen. Von Friedrichsruh sei ein diesbezüglicher Wink gegeben worden. Der Reichstag soll nicht eine einzige Vorlage zu Stande bringen. Die Obstruktion wurde heute schon eingeleitet. Herr v. Kardorff wird aber erstaunt sein, wenn die Linke jetzt den Spieß umdreht und ihrerseits, sobald das Zucker- und Branntweinsteuergesetz sowie die Finanzreform auf die Tagesordnung steht, die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifelt. Wer die Obstruktionspolitik am längsten aushält, wird sich ja später zeigen. Die Güter staatlicher Ordnung wollen mit allen erdenklichen Mitteln den Reichstag herabwürdigen, die Verhandlungen verschleppen. Was dahinter steckt, ist heute noch nicht zu sagen. So viel steht aber fest: Nicht ohne Grund operiert die konservative Partei in dieser Weise.

**Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.**

Die **Ablehnung der Umsturzvorlage** ist nach der Korrespondenz für Centrumsblätter das Ziastück einer großen Aktion der Regierung und der Kartellbrüder, Erschütterung des Vertrauens auf die leitende Stellung Hohenlohes und auf die Einheit der Regierung, moralischer Sieg der Sozialdemokraten, Brüstierung des Centrums ohne vernünftigen Grund und Zweck, traurige Aussichten auf die Politik leidenschaftlicher Unfähigkeit.

Nach der Germania sei **kein Mitglied des Reichstages mit der Regierung zufrieden**, die gar oft das Schauspiel der Zerklüftung und Ziellosigkeit geboten hat.

Die preussische Regierung soll zur Zeit Abstand genommen haben, dem Landtage **eine Novelle zum Vereinsgesetz** zu unterbreiten. Wohlgernekt: Zur Zeit!

Die Nationalliberalen wollen, nach den Vorjällen im Reichstage, der preussischen Regierung **eine Ver-**

**Schärfung des Vereinsgesetzes** nicht bewilligen. Diese Erklärung des hannoverschen Kurier klingt zwar sehr schön, will uns aber nicht glaubhaft erscheinen.

Die Frage, ob die **Stellung des Herrn v. Köller erschüttert** ist, wird in liberalen Blättern des langen und breiten erörtert. Vorläufig sibt aber der Leiter des Kampfes für Sitte, Religion und Umsturz gegen den Umsturz auf seinem Gute in den Vogesen, um sich dort von den Anstrengungen im Parlamente zu erholen. Hoffentlich kehrt Herr v. Köller wieder nach Berlin zurück und übernimmt mit derselben Frische und Offenherzigkeit den Kampf gegen den Umsturz wieder auf.

Ueber **Ministerkrisen** berichten „offizielle“ Blätter. Minister v. Marschall und v. Bötticher sollen amtsüßig sein. Beide Herren haben stets mit großer Geschicklichkeit die Geschäfte der Regierung betrieben. Persönlich gehässig sind sie den Parteien nie entgegengetreten.

„**Von der Sozialdemokratie**“ weiß die Magdeburgische Zeitung zu berichten, daß von den neuen Erfolgen, die die Sozialdemokratie bei den Ersatzwahlen erhofft, nichts zu verspüren gewesen ist. Nun, wir sind mit den Erfolgen der Nationalliberalen zufrieden ist, bezweifeln wir. Wenn das Blatt ihren Lesern über den Ausfall der Reichstagsersatzwahl in Köln berichtet: daß die Sozialdemokratie von dem „Rückgang in der Wahlbewegung“ (aha!) nicht minder betroffen ist als Centrum und Nationalliberale, so haben wir an anderer Stelle zahlenmäßig den Rückgang der Nationalliberalen festgestellt. Wer die Wahrheit kennt und sagt sie nicht, der ist für wahr ein erbärmlicher Nicht — sagte jüngst im Reichstage der Abg. Hausmann.

Gegen die neuen **Liebesgaben für die Zuckerfabriken** hat sich auch Prinz Ludwig (Bayerns Thronfolger), bei dem Festmahl der Versammlung der bayerischen Landwirte ausgesprochen. Der Prinz tadelte das Verlangen der Zuckerheher nach Zuschüssen aus den Taschen anderer durch die Exportprämie. Vielleicht fällt es irgend einem agrarischen Heißhörn ein, den Prinz Ludwig umstürzlerischer Tendenzen zu bezichtigen.

Weil der gut konservative Bürgermeister und Polizeiverwalter in Haynau, welcher zugleich Vorsteher des dortigen Militärvereins ist, gestattete, daß bei der **Beerdigung eines Sozialdemokraten** die rote Fahne des dortigen Arbeitervereins getragen werden konnte, haben sämtliche dem Militärverein angehörige Herren Militärs bei der Fahnenweihe des Vereins gestreift. Der Verein beschloß jedoch in seiner gestern abgehaltenen Sitzung ein Vertrauensvotum für den Bürgermeister.

Zehn Generale sind **zur Disposition gestellt** worden. Sie stehen im Alter zwischen 53 und 58 Jahren. In diesem Alter können Arbeiter und Handwerker noch an keine Einstellung ihrer Thätigkeit denken, da wird noch jezt geschuftet.

**Ausland.**

**Oesterreich.** Die Verwaltung der Stadt Wien ist in antijemittische Hände gelangt. Der Antijemite Dr. Burger wurde zum ersten Vizebürgermeister gewählt. Da hierauf der erste Bürgermeister sein Amt niederlegte, ist die Verwaltung in die Hände des Dr. Burger übergegangen. Die Liberalen jammern.

**Frankreich.** Vivat sequens — es lebe der nächste Umsturz! riefen die Franzosen, als sie von dem Fall der deutschen Umsturzvorlage erfuhren. Die deutsche Umsturzvorlage ist tot! Nieder mit der französischen Umsturz-

vorlage! Nach der Ermordung Carnots wurde bekanntlich in der französischen Kammer ein Umsturzgesetz im Handumdrehen bewilligt. Nach dem Sturze Periers fand ein Antrag, jenes Gesetz aufzuheben, nicht genügende Unterstützung. Jetzt nun ist der Antrag von neuem gestellt worden, und unter dem moralischen Eindruck des Reichstagsvotums vom vorigen Freitag und Sonnabend wird er wahrscheinlich angenommen. Geschieht dies — was, wie gesagt, zu erwarten — so hätte der deutsche Reichstag auch den Franzosen einen großen Dienst geleistet und gleich zwei Umsturzgesetze mit einem Streich erledigt.

Ueber die Stimmung in **Italien** wird dem Vorwärts aus Mailand vom 10. Mai geschrieben: Die Begründung des königlichen Einktes, welches die Kammer auflöst und die Neuwahlen für den 26. Mai anordnet — die Stichwahlen sollen am 2. Juni stattfinden — und welches die Kammer und den Senat auf den 10. Juni nach Rom beruft, ist ein Schriftstück, wie es wohl niemals ein konstitutionelles Land sich hat bieten lassen. Der „Asino“ in Rom nennt es ein Sammelsurium von faulstüchtigen Lügen, Drohungen und Unverschämtheiten, eine zweite sehr verstärkte Auflage des Lügenberichts an den König Humberto, mit dem die Kammer gegen die Verfassung nach Hause geschickt wurde. Die konservativ-liberale Gazzetta Piemontese, das sehr einflussreiche Organ Nord-Italiens in Turin, dem Stammsitze der Savoyer, ruft aus: „Wie tief sind wir gesunken! Wodurch hat Italien verdient, vor dem Ausland so schmachbedekt dazustehen. Kein Wort von der schreienden Verfassungsverletzung, kein Wort von der brennenden Moralfrage, die soeben durch Mitteilungen von Tanlongo neu aufgefrischt wurde, kein Wort von der Willkür der Anwendung der Ausnahms- und Zwangsgesetze, von der Verfassungswidrigkeit der durch königliches Dekret diktierten neuen Steuern, der gewaltsamen Entfernung von über einer halben Million Wählern aus den Wahllisten. Der Urheber aller dieser Willkür ohrfeigt geradezu das Land.“ So spricht ein sehr gemäßigtes Blatt. Aber die enttörnte bürgerliche Gesellschaft Italiens hat den Diktatordienst verdient.

**Belgien.** Der Leipziger Volkszeitung wird aus Brüssel geschrieben, daß dajelbst eine von 10 000 Personen besuchte Volksversammlung unter freiem Himmel gegen das von der Regierung eingeleitete Schutzkollisionsprotokoll protestierte. Diefem Proteste schloßen sich sämtliche belgische Handelskammern an.

In **Serbien** steht ein Staatsbankrott in Sicht. Am den Bankrott noch einige Wochen hinauszuschleppen, soll eine Zinsherabsetzung mit und ohne Einwilligung der Staatsgläubiger stattfinden. Zuerst will man auf gutlichem Wege die Zinsherabsetzung versuchen, und wenn man sich dem widersetzt, soll der Bankrott eintreten. Ganz nach griechischem Muster.

Während **Serbien** dem Staatsbankrott entgegen-eilt, tanzen die Notablen. Zu Ehren der Königin Natalie fand ehegestern ein Hofball statt, auf dem 700 Personen auf Kosten der Serben schwelgten. — Der dicke Milan will jezt außerhalb des Landes bleiben. Wenn er Geld braucht, will er sich melden.

**Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.**

\* Den Streik gewonnen haben die **Weber** bei Schulz u. Komp. in St. Adelheid in Neuß. Der Firmeninhaber hat die Forderungen der Arbeiter bewilligt bis auf einen Artikel, über den sich beide Teile gütlich einigten.

**Feuilleton.** (Kontinuum verboten.)

**Ein Held des Griffes und des Schwertes.**  
Höriger Roman  
aus den Zeiten des deutschen Hausabendes  
von A. Ditts-Walfer.

„Wenn er so verummannt war, wie kommt Ihr ihn in der Dunkelheit erkennen?“ fragte Margarete.  
„Ihr habt den Zeugen gar nicht zu fragen,“ erklärte der Syndikus, „das ist unsere Sache. Hier habe ich Euch zu fragen, ob Ihr diesem vollwichtigen Zeugnis gegenüber freiwillig bekennet?“  
„Ich habe Euch erklärt, daß ich Euch nicht Rede stehe.“  
„So wird man Euch zum Bekennnis bringen. Meister Hans, zeigt der Beschuldigten die Beweismittel.“  
Jezt trat Herr Severin zu dem Fräulein vor und flüster:  
„Gefehet, Fräulein Margarete, gefehet alles, ich werde Euch Gnade auswirken und Euch losbürgen.“  
„Ich habe hier gar nichts mit Euch zu reden, Herr Severin; wenn Ihr ein anständiger Mann seid, so macht dieser Scene ein Ende.“  
„Das kann ich nicht, ich kann nicht in die Gerechtigkeit eingreifen, aber die Gnade...“  
„Nur über Eure Gnade, wie über Eure Gerechtigkeit!“  
„Seht her,“ rief Meister Hans, indem er hinzutrat, während Herr Severin in seine Nähe zurückwich, „hier sind Schanden. Da lege ich Eure Hände zueinander die zwei Bretchen und schraube sie zusammen, bis sie zu drei zusammengequetscht sind, wenn Ihr nicht vorher gesteht. Dann habe ich hier Schrauben, die windet man um Eure Arme und dreht sie so lange mit dieser Winde, bis sie durch das Fleisch bis an die Knochen hindurch, wenn Ihr nicht gesteht. Hier lege ich Euch auf dieses Strohbett und bringe Eure Beine in diese Bretter, zwischen welche ich diese Keile schiebe, und klopfe dann auf die Keile, daß die Bretter Euch das Fleisch zusammenquetschen, wenn Ihr nicht gesteht.“  
„Geh, geh, hörst du?“ rief das Fräulein, entsetzt über sie mit Blinziparen besetzten Wankinstrumente.  
„Dollt Ihr gesehen, Angeklagte, daß Ihr den Professor Oldendorp verachtet und daß Ihr ihm zur Flucht verhelfen habt?“  
„Ja, ich gesteh.“

„Und wollt Ihr gestehen, daß Euer Vater hierbei im Komplotte mit Euch gewesen?“  
„Wie? Ich sollte gegen meinen Vater zeugen? Nimmermehr!“  
„Erklärt der Angeklagten die Beweismittel weiter, Meister Hans.“  
„Genug, genug, ich mag nichts weiter sehen und hören. Es mag sein, wie es will, nie werde ich gegen meinen Vater zeugen.“  
„So nehmt sie in Behandlung, Meister Hans!“  
„Gefehet doch, gestehet doch,“ mahnte Herr Severin, wieder zu ihr tretend. „Vertraut Euch mir.“  
„Geh, geh, Ihr seid ein heimtückischer, arglistiger Feind, ich mag nichts mit Euch zu thun haben. Wenn Ihr aber ehrlich seid, so beweist es, indem Ihr mich dieser schmachvollen Behandlung entzieht.“  
„Ich kann nicht, gewis, ich kann nicht. Nehmt Verzeihung an, es ist bitterer Ernst; hier giebt es kein Erbarmen. Vertraut Euch mir!“  
„O pfer, o Schmach, o Schande. So oder so. O Gott, sei mir gnädig!“  
Wieder trat Herr Severin zurück, die Achseln zuckend. Meister Hans aber packte sein Opfer bei den Schultern. Da plötzlich kitzelte eine Fensterhebe, daß die Splitter in die Stube felen, und eine Knabenstimme rief:  
„He! Nehmt Euch in Acht, Leute! Herr Filler ist in die Stadt gekommen, er kommt hierher; Herr Filler kommt, Herr Filler kommt!“  
Erstarrten waren die drei Männer des Gerichts aufgesprungen. Herr Severin schien wie vom Blitze getroffen, und Niklas selbst ging hastig nach seinem Schwerte.  
„Hut Acht,“ rief die Stimme des Knaben, „er kommt mit Bandenwehnen und will den Turm stürmen. Da kommt er schon. Hut! O unglücklich!“  
„Kommt, laßt uns zueilen,“ rief Herr Severin sehr blaß; „für heute genug, bringt die Gefangenen in ihren Verriegelung, wir wollen uns erst des andern bemächtigen. Schnell, Meister Hans, und jezt nach der Sicherheit. Ihr aber, Niklas, halt Hufe!“  
Im größten Wirrwarr löste sich das Gericht mit seinem Zubehör auf. Margarete ward schnell in ihr Gemach zurückgedrängt und legte die Schlüssel und Riegel, welche sie von ihrer Feindin trennte.  
„Wie war's mit Euch?“ fragte schüchtern die heisere Stimme ihrer Lebensgefährtin.

„O schrecklich, schrecklich, aber gut, sehr gut. Aber schläft, schläft und laßt mich träumen. Herr Filler, Herr Filler! Wie sie der Name schreckte. Daß dieser Mann mir gar als Rettungengel erschienen sollte! Ob er wohl wirklich zurückgekehrt sein mag?“  
Das Fräulein sank auf das elende Lager, aber kein Schlaf wollte ihr nahen.

**Einundzwanzigstes Kapitel.  
Freunde in der Not.**

Der bleiche Mond drang mit seinen lieben Strahlen auch in die Zelle, in welcher ein schwer von Furcht und Bangen heimgesuchtes hilfloses Wesen mit seinen Gedanken weber bei der jüngsten Vergangenheit, noch bei der trübhumhüllten nächsten Zukunft zu weilen wagte. Sie hatte die Stimme des Knaben wohl erkannt, des treuen Wächters, der, auf Gott weiß welchem, lebensgefährlichen Wege bis zu dem Fenster der fürchterlichen Gerichtsstube hinaufgekommen war, um gleich einem Engel, einem Engel der Rettung für sie, einem Engel der Rache für die bösen blutigeren und grausamen Gegner, sie vor der abschreckendsten Gefahr zu retten. Aber war es vielleicht nur eine Vision seinerseits gewesen, um für den Augenblick nur das Schlimmste zu verhüten, um das Elend hinauszuziehen, das ihrer wartete? War Filler wirklich gekommen, oder hatte man ihn nur als einen schreckhaften, ihr unerklärlich warum? schreckhaften Popanz angeflüchtigt? Und wenn er wirklich da war, was dann? Konnte er etwas ändern? Konnte er etwas gegen die mächtige Stadt unternehmen? Konnte er die Mauern dieses Turmes bezwingen, die aus mächtigen Blöcken des Ruffberges zusammengefügt waren? Und wenn er sie doch zu stürmen wagte — ach, das war ja ganz undenkbar mitten in einer mächtigen Stadt wie Braunshweig — wenn er es aber doch wagte, würde man sie nicht vorher, ehe es möglich, sie zu befreien, gänzlich zu vernichten, oder, was vielleicht noch schrecklicher wäre, sie wegzubringen versuchen? Wenn sie doch diese Thür ganz verbollwerkten, ganz unzugänglich machen könnte, um sich den Feind vom Leibe zu halten! Sie wollte ja gern lieber Hungers sterben in der Zelle, als nochmals ihren Leib in die Gewalt der Feinde geben. Aber es war ganz unmöglich! Ein Schaudern, grimmiger, als das vor schüchlicher Gefahr, bemächtigte sich ihrer Glieder und lähmte sie. (Fortf. folgt.)



Ueber die Textilarbeiterbewegung in Meerane wird berichtet, daß ein Teil der Besitzer mechanischer Webereien die gestellten Lohnforderungen in der Höhe von 15—25 pCt. bewilligt hat. Nur die 150 Arbeiter der Buchmann'schen Fabrik haben am Sonnabend früh die Arbeit eingestellt, weil sie nichts erhalten sollen. Die Hausweber haben vorläufig eine Lohnkommission gewählt, und sind so auch in die Lohnbewegung eingetreten. In Meerane ebenso wie in Glauchau sind einige hundert organisiert, aber ein Streikfonds ist nicht vorhanden. 12 Mark Wochenverdienst ist in den beiden Städten schon ein guter Lohn, in den kleinen Städten und auf dem Lande wird aber noch billiger gearbeitet. Der Geschäftsgang ist der Bewegung günstig.

In Dresden haben 17 Zimmerleute, die beim Bau der vierten Elbbrücke beschäftigt waren, die Arbeit niedergelegt, weil ihnen die Unternehmer Dyckerhoff und Widmann nicht 11 Std. Arbeitszeit (anstatt 11½ stündige) und nicht 37 Pfg. Stundenlohn (statt bisher 35 Pfg.) bewilligten.

In der Buchdruckerei von Schlotte, Hamburg, Kreuzweg, haben fünf Gehilfen (vier Setzer und ein Maschinenmeister) wegen Lohn Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten.

Für die streikenden Porzellanarbeiter in Wasserfinde zu quittieren 11,90 Mark von Subenburg auf 85.

Am 13. d. Mts. haben wegen Lohn Differenz die Maurer in Ulrich a. S. die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 25 Pf. auf 28 Pf. die Stunde. Die Meister von Ulrich wollen darauf nicht eingehen und suchen nun von auswärts Gesellen nach hier zu locken. Wir ersuchen um strengste Fernhaltung der Kollegen. Die Lohnkommission der Maurer von Ulrich.

Gefügt haben die streikenden Maurer in Basel. Der Friede wurde durch Vermittlung des Regierungsrats Keesse, Vorsteher des Bau-Departements, geschlossen. Tüchtige Maurer, namentlich solche, die in Basel niedergelassen und Familienväter sind, erhalten in Zukunft einen Tagelohn von 5 Franken, weniger tüchtige Leute eine ihren Leistungen entsprechende Lohnaufbesserung.

In St. Gallen beschlossen die Schuhmacher, den Unternehmern folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Stellung von Werkstätten und Lieferung der Zugehör durch den Unternehmer, 2. Zehnstundentag, 3. Abschaffung der Akkordarbeit und Einführung des Zeitlohnes.

### Ausnahmegesetz — Staatsstreich.

#### (Vorschläge zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.)

Das Blatt, welches die schurkische Zwangspolizei des Crispi, der die Führer verbannte und internierte und die anderen dadurch „zähm“ machte, in empfehlende Erinnerung brachte, die Kreuzzeitung, schreibt: Wenn die von neuem herannahende finstere Stunde der Gefahr eintreten wird, kann niemand voraussagen. Ob das lebende Geschlecht diese Stunde wird durchkämpfen müssen, — wer will das behaupten oder bestreiten? Aber diese Stunde wird gewaltige Geister und Charaktere erfordern. Wir hoffen zu Gott, daß sie sich finden werden, daß ihnen das unbedingte Vertrauen des d a n n regierenden Kaisers zur Seite stehen wird und daß ihnen, wenn sie das Schwert erheben, um die Häupter der Volks- und Vaterlandsverräter zu treffen, nicht ein höherer Wille in den Arm fällt. In dieser Zeit wird es sich zu zeigen haben, ob es preussischer Kraft gelingen wird, dem deutschen Volke noch einmal Befreier und Erretter zu werden.

Die Kreuzzeitung will der Staatsgewalt die Mittel in die Hand geben, die es ihr möglich machen würden, die Organisation des Umsturzes anzugreifen.

Die konservative Schlesiener Zeitung hatte bekanntlich zum Verfassungsbruch aufgefordert. Darauf antwortet der Hamburger Correspondent: Merkt man denn gar nicht, wie wenig es zusammenpaßt, scharfe Waffen gegen den Umsturz von unten zu verlangen, und gleichzeitig den Umsturz oben zu predigen? Solche Pläne und ihre Erörterung untergraben die Achtung vor Gesetz und Recht und erschüttern das Vertrauen aufs schwerste.

Die konservative Korrespondenz findet die Bahn frei für eine anderweitige offene und feste Bekämpfung der Sozialdemokratie. Der in den letzten Jahren im Volke genährte Wahn, die sozialdemokratische Partei habe einen berechtigten Kern, muß endgültig zerstört, die Ziele der internationalen Revolutionäre müssen unzweideutig vor aller Welt als verbrecherische gekennzeichnet werden. — Wenn die Stützen der herrschenden Gesellschaftsordnung fortfahren, in der Weise zu agitieren, werden sich immer mehr Personen der Partei anschließen, deren Bestrebungen man als verbrecherisch kennzeichnen will.

### Aus den Gerichtssälen.

Magdeburg. (Landgericht. Sitzung vom 13. Mai.) Der Fleischergehilfe Hans K. aus Gröben, geboren 1868, war am 4. April d. J. zur Kontrolle gewesen und hatte dann gezecht. In angetrunkenem Zustande geriet er abends in der Siebert'schen Wirtschaft mit anderen Gästen in Streit, führte Stichelreden über die notleidenden Landwirte und versetzte einem Landwirt, der sich das verbat, mit einem Bierfelde mehrere Schläge auf den Kopf. Als K. gewaltsam auf den Hof befördert wurde, ergriß er einen starken Knüttel. Der Amtsdienere forderte ihn auf, denselben wegzulegen. Statt dessen warf ihn K. damit detari gegen den rechten Arm, daß er ihn vier Wochen lang nicht gebrauchen konnte. K. will im ersten Falle zuerst angegriffen und in Notwehr gewesen sein. Dieser Einwand konnte durch die Beweisaufnahme nicht widerlegt werden. Dagegen fand die Ausrede, er habe den Amtsdienere nicht gekannt, keine Befätigung. Der Ge-

richtshof erkannte wegen gefährlicher Körperverletzung in einem Falle im Verein mit Widerstand gegen die Staatsgewalt auf 3 Monate Gefängnis und auf eine an den Amtsdienere zu zahlende Geldbuße von 80 Mark.

Der Arbeiter Gottfried Sch. zu Carow wurde von der Anklage des fahrlässigen Falschheides freigesprochen.

Der Maurer Christian E. zu Hermsdorf, geboren 1829, hat im Dezember 1894 und im Januar d. J. unbefugt in der dortigen Feldmark teilweise mit Sämlingen und zur Schonzeit gewerbsmäßig die Jagd ausgeübt. Der Gerichtshof strafte ihn deswegen mit 4 Monaten Gefängnis.

Der Arbeiter Michael U. zu Sommersdorf, geb. 1863, wurde von der Anklage des schweren Diebstahls freigesprochen.

(Landgericht. Sitzung vom 14. Mai.) Die verheiratete Schmieb Otto B., Ida geborene K. zu Neustadt, geboren 1864, wurde nach Neujahr von einem Abzahlungs-geschäfte angenommen, um Kunden zu suchen. Sie fertigte fälschlich 55 Velb- und 75 Kaufverträge an, die sie ihrem Arbeitgeber vorlegte und veranlaßte ihn unter Vorspiegelung falscher Thatfachen, ihr Waren zum Preise von über 1000 Mark zur Ablieferung an die Kunden auszuhändigen, sowie an Provision 155 Mark zu zahlen. Die empfangenen Waren verkaufte und versetzte die Angeklagte. Der Gerichtshof verurteilte sie in Anbetracht der Vorbefragung zu einem Jahr Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust.

Der Maler Bartholomäus H. zu Calbe a. S., geboren 1867, wurde von der Anklage des Diebstahls im wiederholten Rückfalle freigesprochen.

Der Arbeiter Leopold F. hier, geboren am 7. Februar 1868, stand im April d. J. vor dem „Krummen Berg“ in der Nähe der „Böhmischen Bierhalle“ Wache und warnte die im Hause Nummer 3 verkehrenden Kontrollbirnen, sowie die Wirtin, sobald Polizeibeamte in Sicht waren. Für diese Dienstleistung erhielt er täglich 80 bis 90 Pfg. gezahlt. Der Angeklagte wurde wegen Kuppelerei mit einem Monat Gefängnis bestraft.

Der Strommeister August K. zu Rogätz, geboren 1868, wird beschuldigt, er habe am 16. Februar d. J. in einem Gasthose es unternommen, einen Pferdehändler zu bestimmen — in seiner — des Angeklagten — Ehe-scheidungssache vor Gericht etwas Unwahreres auszusagen und zu beschwören, damit er seinen Prozeß leichter und schneller gewünne. Der Angeklagte bestreitet die That und behauptet, es liege nur ein Mißverständnis vor. Das Beweisergebnis genügt nicht zur Ueberführung, weshalb Freisprechung erfolgte.

Kassel. (Mißbrauch der Amtsgewalt.) Von der hiesigen Strafkammer wurde der Schutzmann Rehn von Herfeld zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in zwei Fällen arretrierte Personen auf der Wache mit einem Knüttel arg mißhandelt hatte; einem davon hat er mehr als 20 Schläge zum Teil über den Kopf verabreicht.

Leipzig. (Bestätigtes Todesurteil.) Das Reichsgericht verwarf die Revision des vom Schwurgericht in Augsburg am 1. April zum Tode verurteilten Müllers Ernst Naupach aus Rudolstadt, welcher auf der Hochzeitsreise seine Frau bei Lindau in den Bodensee gestürzt hatte.

### Tages-Chronik.

Magdeburg, 16. Mai 1895.

Eine widerliche Reklame für die Küche einiger Restaurateure macht sich jetzt auch in den Spalten der in Verlage von Faber erscheinenden Zeitungen bemerkbar. Jedenfalls sind die Lokalreporter sutteneidlich auf ihre Kollegen der anderen Hierorts erscheinenden Blätter. Da sind wir Wirten doch bessere Menschen.

60 000 Mark Hypotheken ausgefallen. Zur zwangsweisen Verpfändung gelangte das auf den Namen der Ehefrau des Baunternehmers B. Gaskowky eingetragene, Subenburg, Leipzigerstraße 51 gelegene Grundstück. Es war mit 120 000 Mark Hypotheken belastet. Für 40 000 Mk. kam es in die Hände des Stadtrats Dr. Horn zu Stäfurt. Circa 60 000 Mk., auf vier Hypotheken verteilt, fielen demnach aus.

Sonderzug nach Potsdam und Berlin. Zu der Mitteilung über den am 19. d. M. abgehenden Sonderzug nach Potsdam und Berlin ist noch zu bemerken, daß die dreitägigen Rückfahrkarten zum einfachen Personenzugpreise ausgegeben werden.

Die Bewegung der Bevölkerung Magdeburgs in der Woche vom 30. März bis 6. April ist folgende: Geboren wurden 69 männliche, 76 weibliche, zusammen 145; tolgaboren 7. Gestorben sind 48 männliche, 54 weibliche, zusammen 102 Personen, darunter an Diphtherie und Scharlach 5, an Influenza 5. Die Zahl der Zugewogenen betrug 4268, die der Fortgezogenen 4408.

Die Bevölkerungszahl Magdeburgs am 6. April 1895 stellte sich folgendermaßen: Altstadt 94 794, Wilhelmstadt 16 323, Friedrichstadt mit Werder 10 614, Subenburg 29 689, Neustadt 45 021, Budau 27 053, zusammen 223 494 Personen (113 987 männliche, 109 507 weibliche), gegen die Vorwoche weniger 104 Personen.

Das Volksbad benutzten in der Woche vom 6. bis inkl. 12. Mai 1777 Männer und 333 Frauen, insgesamt 2110 Personen. Dabei wurden 718 Handtücher verbraucht.

Der Goldregen blüht; Blüten, Blüten, Wurzel und Zweige enthalten ein äußerst scharfes, scharf wirkendes Gift, so daß beim Plücken blühender Goldregenzweige äußerste Vorsicht zu beobachten ist. Kindern ist das Plücken der Goldregenblüte völlig zu untersagen.

Anfall. Von der Treppe des Fußsteinswall strüzte das Mädchen Frieda E. und erlitt dabei eine Quetschung am Kopfe. S. fand in der städtischen Krankenanstalt Aufnahme.

Anfall. Durch einen Sturz in der Bahnhofsstraße zog sich der Hausdiener Otto Sch. eine derartige Kniequetschung zu, daß er in die städtische Krankenanstalt überführt werden mußte.

Sturz vom Dache. Der Schornsteinfegerlehrling Oswald K. rüßte bei der Arbeit vom Dache des Hauses E. Zankstraße 5 und zog sich hierbei eine Unterleibsquetschung zu. Er wurde in die städtische Krankenanstalt gebracht.

Zur Thätigkeit der Feuerwehre. Auf dem Kralaner Anger beschäftigt sich jetzt die Feuerwehre nicht mit „unbotmäßigen Bößhäsigen“, sondern mit der Beseitigung der vom Hochwasser zurückgelassenen Wasserstempel.

Zur Thätigkeit der Feuerwehre. Heute morgen 7,4 Uhr wurde die Feuerwehre mündlich alarmiert. In einem Schlafrzimmer der dritten Etage des Hotels Karl Strauch, Bahnhofsstraße 6, waren mehrere Gegenstände, wie Betten, Koffer, Kleidungsstücke usw. in Brand geraten. Der erste Zug der Hauptwache rückte nach dort und beseitigte weitere Gefahr.

Zur Warnung. Im Dorfe Bötzingen fanden infolge von Verwendung von Petroleum zum Feuerlöschen drei Personen, 2 Kinder und 1 erwachsenes Mädchen den Verbrennungstod.

Halle. (Ein Heizen der Zeit.) In den Monaten Januar bis einschließlich März, kamen in Halle 697 Verbrechen und Vergehen und

2132 Uebertretungen zur Anzeige. Natürlich die Vergehen gegen das Eigentum und die Gültigkeit mit am zahlreichsten, worüber man sich in Anbetracht unserer schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu wundern braucht. Es befinden sich dabei: Verbrechen gegen die Sittlichkeit 26, Verbrechen gegen das Leben 4, Diebstahl 316, Unterschlagung 60, Raub und Erpressung 7, Betrug 48, Nahrungsmittelfälschung 11, Brandstiftung 69 Fälle. Unter die Rubrik „Uebertretungen“ fallen: Gewerkschafts- und Sittenpolizei-Verbrechen 131, Beleideln 118, Landstreicherei 26, Nichtbefolgung eines Unterkommens 5, Sonntagsentgeltung 57 Fälle usw. Diese Zahlen reden! —

Stäfurt. (Freisprechung zweier Teufchen.) Wegen öffentlicher Beleidigung sind angeklagt: 1. der Mediziner Bruno K. aus Magdeburg, geboren 1866; 2. der Postassistent Wilhelm Sch. zu Leopoldshall, geboren 1864. Sch. war Mitglied des Deutschen Reformvereins in Stäfurt und Korrespondent der Magdeburger Reform. Als solcher sandte er einen Artikel über den unläuteren Wettbewerb von 6 Juden in Stäfurt, die fortgesetzt Wuchererlässe abhielten, ein, den K. als verantwortlicher Redakteur am 7. Februar d. J. in der Reform abdruckten ließ. In dem Artikel soll, wie die Anklage behauptet, der Polizei in Stäfurt der Vorwurf gemacht worden sein, daß sie dem unläuteren Wettbewerb der jüdischen Geschäfte nicht entgegengetrete und die jüdischen Kaufleute begünstige. K. erklärt, die Tendenz der Reform sei stets dahin gegangen, die Behörden in Stäfurt zu nehmen (I die Red.), der Artikel enthalte keine Beleidigung und es fehle auch eine dahin gehende Absicht. Sch. will als Reklameartikel der Vorsitzender des Vereins und im Auftrage desselben den Artikel verfaßt und den Mediziner noch ausdrücklich ersucht haben, etwa zu scharfe Aussetzungen zu streichen oder zu mildern, damit jede Beleidigung ausgeschlossen sei. Der Vertreter der Umlieglichen Staatsanwaltschaft ergriffte auf Grund des Beweisergebnisses für erwiesen, daß die Angeklagten das Bewußtsein gehabt hätten, der Artikel enthalte beleidigende Aussetzungen. Er beantragte Verurteilung auf § 185 des Str. O. B. mit 60 Mk. Geldstrafe ev. 10 Tagen Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Pfisterius, führte aus, daß der Artikel keine Beleidigung, sondern nur eine berechtigte Kritik enthalte, der Reformverein auch seine Genehmigung erteilt habe und deshalb Freisprechung erfolgen müsse. Der Gerichtshof fand in dem Wortlaut des Artikels nicht den Vorwurf der Parteilichkeit und sprach deshalb die Angeklagten frei.

Tangermünde. (Zelter Posten?) Beim Amtsgericht werden zwei Kanzleigehilfen gesucht, die ihre Arbeitskraft für den Preis von ca. (also noch nicht einmal ganz!) 480 Mark pro Jahr verkaufen sollen. Prahlerei sehen noch die Worte dahinter: Verbesserung nicht ausgeschlossen. Es ist wirklich an der Zeit, daß sich diese Arbeiter zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen organisieren.

Braunschweig. (Arbeiter-sanatorium.) Wie der Magdeburger Zeitung berichtet wird, wird von der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt Braunschweig dieses Jahr im braunschweigischen Seltenthal im Harz ein großes Arbeiter-sanatorium erbaut werden.

Hannover. (Ungeheures Fleisch.) Wie gleichgültig und gewissenlos manchmal mit Nahrungsmitteln umgegangen wird, davon ein Beispiel. Der frühere Müller W., dessen Stiefsohn J. Inhaberin eines in der Köbelingerstraße gelegenen sog. Hamburger Fleischladens ist, hatte am vergangenen Sonnabend gemeinschaftlich mit dem Fleischer M. aus der Ruckelstraße auf einem auswärtigen Gute ein Rind gekauft, welches kurz vorher gekulbt und sich dabei einen inneren Schaden zugezogen hatte. Das Tier war dann geschlachtet und in den oben genannten Laden geschafft worden. Der Geschäftsführer des letzteren, Fleischer K., hat nun das Fleisch zerleinert und vermuthlich als sogenanntes außerliches Fleisch verkaufen wollen, ist jedoch daran noch rechtzeitig von einem Polizeibeamten verhindert worden, welcher das ganze Fleisch beschlagnahmte und zum Schlachthof bringen ließ. Hier ist es bei der ärztlichen Untersuchung in Folge eingetretener hochgradiger Blutvergiftung für vollkommen ungenießbar und derartig gesundheitsschädlich befunden worden, daß bei Genuß desselben durch Menschen unbedingte der Tod herbeigeführt worden wäre. W., M. und K. wurden daraufhin sofort in Haft genommen.

Hannover. (Verhaftet) Wegen Vergehen gegen § 176 des Strafgesetzbuches (widernatürliches Unzucht) ist der Kaufmann Sch. in Untersuchungshaft gezogen.

Lauban i. Schl. (Was in Schlessen — „Bergnügen“ ist) Der freireligiöse Prediger Tschirn sollte hier über Religion und Umsturz-vorlage sprechen. Vor Beginn des Vortrages erschien ein Beamter, zeigte einen quittierten Steuerzettel über 5 Mark vor und verlangte sofortige Bezahlung. Wie eine polizeiliche Behinderung des Vortrages zu vermeiden, wurde die Steuer vorläufig bezahlt. Diese war auf dem Zettel bezeichnet als „Bergnütungssteuer“ für einen von dem Prediger Herrn Tschirn abgegebenen wissenschaftlichen Vortrag.

Villingen. (Ein entartetes, gefühlloses Mädchen.) Ein abscheuliches Verbrechen verübte in Klengen, Amt Villingen, ein bei einem Landwirt im Dienst stehendes 13 jähriges Mädchen. Es ließ einer Katze und einer Kuh, wie es selbst eingestand, darat mit es in die Mastdarmöffnung, daß beide Tiere getötet werden mußten. Dienstherrenhaft starb in verfloßener Woche plötzlich ein vierzehnjähriges Kind. Es entstand der Verdacht, das Mädchen, dem die Pflege des Kindes anvertraut war, habe das Kind zu Tode gequält. Die Untersuchung der Leiche bestätigte den Verdacht, dem kleinen Wesen waren die Gelenke vielfach zerrissen und die Knochen gebrochen worden. Das Mädchen blieb bei der Section der Leiche völlig teilnahmslos. — In Rehl hat ein Stadtfahrer einen 61 Jahre alten Mann umgerannt. Beim Sturz kam der Mann unter die Räder eines Lastfuhrwerks. Er starb bald darauf an der dabei erhaltenen Verletzung.

Schießen bei Großenhain. (Verbrannt.) Durch die Unsitte, Feuer mit Spiritus anzuzünden, kam ein 8 jähriges Mädchen um sein Leben. Es hatte etwas Spiritus aus Versehen auf die Schürze gegossen und als sie zwecks Anzündung des auf das Holz gegossenen Spiritus ein Streichholz anzündete, brach der brennende Kopf desselben ab und fiel auf die mit Spiritus begossene Schürze, die sofort Feuer fing. Das arme Kind erlitt schwere Brandwunden und verstarb bald. Mögen die Eltern ihren Kindern diesen Fall zur Warnung mitteilen.

Riesenburg. (Alle guten Dinge sind 3 < 10.) Ein hiesiger ehrfamer Bürger ist von seiner Frau, mit der er in dritter Ehe lebt (aus welcher allein 16 Kinder hervorgegangen), kürzlich mit dem 27. Kinde beschenkt worden. Der so reich gesegnete Familienvater fällt sich hierdurch jedoch keineswegs unglücklich, sondern äußerst lebhaft den Wunsch, daß die Zahl 30 noch voll werden möge.

### Ein artiges Stücklein von der irdischen und der himmlischen Gendarmerei.

Wie liebevoll die Diener der Kirche verfahren, wo es nichts Bares zu holen giebt, und wie emsig die weltlichen Behörden sich bemühen, dem Volke die Religion zu erhalten, wollen die Leser aus dem folgenden eigenartigen Strafbefehl erssehen, der gegen eine Arbeiterfrau in Daffow in Mecklenburg erlassen ist, weil sie bei der Beisetzung ihres verstorbenen Kindes am offenen Grabe ein Gebet gesprochen hat. Das merkwürdige Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Die Arbeiterfrau Dorothea Bruhn, geb. Bibow, zu Neu-Borwerk hat laut dienlicher Anzeige des Bachmeisters Paton III zu Daffow am zweiten Oktage 1895 nachmittags bei Beerdigung ihres Kindes, bei der der Domgeistliche nicht zugegen war, eine Rede resp. ein Gebet gesprochen. Die Frau wird deshalb auf Grund der Verurteilung vom 25. November 1891, betreffend die Grabreden der Nichtgeistlichen, zu einer Geldstrafe von zwei Mark event. Haft von einem Tage verurteilt. Es kommen hierzu an Gebühren und Auslagen noch 1,50 Mk. Unterzehlent ist der Strafbefehl: Daffow, 22. April 1895. Küstlingsches Polizeiamt.

Die arme Frau, deren Mann seit mehreren Jahren arbeitsunfähig ist, wird dazu der Frankf. Stg. aus Lübeck geschrieben, hatte nach ihren Angaben den Ortsgeistlichen zur Teilnahme am Begräbnis gebeten, und dieser hatte auch gesagt, er „wolle sehen, ob er kommen könne“. Er



war aber nicht erschienen, und um nun „Ihr Kind nicht wie einen Hund verscharren zu lassen“, hatte die Frau im Beisein mehrerer Nachbarleute am offenen Grabe folgenden Gesangbuchvers gesprochen:

Hier liegt und schläft Du ganz in Frieden,  
Dieweil Dein Hirte bei Dir wacht.  
Bon Jesu bleibst Du ungeschieden  
Auch in der letzten Todesnacht.  
Er leatle Deine Tageszeit  
So schick schon zu der Ewigkeit.  
Amen!

Das war die „Rede“, für die die arme Frau bestraft wurde. Aber es ist ganz gut so. Nur so fortgefahren. —

**Partei-Nachrichten.**

Die mitteldeutsche Sektion der Agrarkommission tagte am 12. Mai in Gotha. Als Auskundsperjonen waren zugezogen u. a. die Genossen Adler und Heine-Galberstadt. —

**Gefangenen, Verfolgungen etc.**

Die Sozialdemokraten in Köln hatten zu einer Wähler-Versammlung den **Zirkus Renz gemietet**. Referent war der Abg. Schumacher. Die Polizei verhinderte aber diese Versammlung. Gründe sind nicht angegeben. Wozu auch. —

**Einen Reichstagsabgeordneten beleidigt.** Wegen Beleidigung des Abgeordneten Placke verurteilte das Landgericht in Halberstadt den Parteigenossen Greiner aus Aschersleben zu 50 Mk. Geldstrafe oder 5 Tagen Gefängnis. Die Beleidigung war in einer Rede geschehen. —

**Majestätsbeleidigung.** Wegen einer Rede in einer Versammlung in Sandersleben ist gegen den Parteigenossen Karl Schulze in Dessau ein Verfahren wegen angeblicher Majestätsbeleidigung anhängig. —

**Neueste Nachrichten.**

Halle. Aufgelöst wurde die Versammlung der sozialwissenschaftlichen Studenten. —

Baku. Zu der Rothschild'schen Kerofinfabrik wütete eine Feuersbrunst, welche erheblichen materiellen Schaden anrichtete. —

Aus New-York wird dem Berliner Tageblatt gemeldet, daß in Arizona Indianer verschiedene Bergarbeitergesellschaften angegriffen haben. — Kavallerie stellte die Ruhe wieder her. —

Petersburg. Die Uebereinkunft eines Verbandes russischer Petroleum-Industrieller ist heute unterzeichnet worden. —

**Verene, Versammlungen, Vergnügungen etc.**

Am Donnerstag, den 9. d. Mts., fand in Müllers Restaurant Tischlertrugstraße 22 eine öffentliche Versammlung der Barbiergehilfen Magdeburgs, vom Verbands deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmachergehilfen einberufen. Nach dem der Vorsitzende B. Hohmann in sehr einflüssigem Referate über die Mißstände im Barbier- und Friseurgewerbe und über den Nutzen der Organisation gesprochen hatte, wurde zur Diskussion geschritten. An derselben beteiligten sich verschiedene Kollegen, welche ebenfalls mit treffenden Worten die traurigen Verhältnisse der Barbiergehilfen in Magdeburg schilderten (Erdärmliche Schlafstellen, 16-17stündige Arbeitszeit täglich, unzureichende Kost und einen Lohn von 2-5 Mark). Dem Vorsitzenden wurde wiederum die Gleichgültigkeit gerügt, welche die Gehilfenschaft der Organisation entgegenbringt. Dann wurde beschlossen, einen Aufruf an die Arbeiterschaft zu erlassen, worin dieselben aufgefordert werden, auf die Gehilfen, von denen sie sich bedienen lassen, einzuwirken, damit sich dieselben der Organisation anschließen. Außerdem wurde beschlossen, Kontrollplakate einzuführen. Dann wurde folgende Resolution angenommen: „Die hente Donnerstag, den 9. Mai, abends 10 Uhr, in Müllers Restaurant, Tischlertrugstraße 22, tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und bekräftigt, daß im Barbier- und Friseurgewerbe in Magdeburg noch sehr schlechte Verhältnisse herrschen und daß nur durch eine feste zielbewusste Organisation Besserung geschaffen werden kann und beauftragt den Vorstand, sich mit einem Aufruf an die Arbeiterschaft Magdeburgs zu wenden, um auf die indifferenten Kollegen einzuwirken. Alle anwesenden Kollegen machen es sich zur Pflicht, für die Organisation zu streben und zu wirken.“ Nachdem der Vorsitzende über den Sieg der Braunschweiger Kollegen berichtet hatte, wurden noch verschiedene neue Mitglieder aufgenommen, und beschlossen die nächste Verbandsversammlung am Donnerstag, den 15. d. Mts., bei Grotzsum, Kl. Klosterstraße abzuhalten. —

Olsenstedt. Die Mitglieder-Versammlung des Arbeitervereins findet am Sonntag, den 19. Mai, statt. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Olsenstedt. Alle Gesangsfreunde werden ersucht, am Sonnabend, den 18. Mai, abends 9 Uhr, im Hirschfeld'schen Lokale, zu einer Besprechung pünktlich zu erscheinen. Die älteren Genossen mögen auch jüngere mitbringen. —

Sonnabend, den 18. Mai: Demtischer Metallarbeiter-Verband (Filiale Magdeburg). Versammlung abends 8 Uhr bei Grotzsum, Kl. Klosterstr. 15/16.

Bereinigung der Deutschen Schmiebe (Filiale Magdeburg). Abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung in der Centralherberge, Kl. Klosterstraße 15/16.  
Verband der Deutschen Buchdrucker. Versammlung in „Granatpflanz“, Knochenhauerstraße.  
Gauverein Magdeburger Bildhauer. Versammlung im Vereinshaus, Kl. Klosterstraße.  
Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Filiale Magdeburg.) Versammlung abends 8 Uhr im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke.  
Unterstützungs-Verein der Kupferschmiebe Deutschlands. Versammlung bei Hoge, Braunerstraße 3.  
Central-Verein der Böttcher. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Prantlich, Fackelsberg Nr. 9.  
Verein der Töpfer und Berufsgenossen. Versammlung abends 8 Uhr in der Herberge, Tischlertrugstraße 22.

**Briefkasten.**

W. M. Nach Schluß der Session, eher kann S. nicht referieren. H. P., Kurfürstenstr. Bei der Expedition ist bisher kein Geld eingelaufen. Die Dattungen erfolgen auf Grund der Veröffentlichungen in der Amesse. —

„Bedrängter“. Wenn Sie Leser der Volksstimme sind, müssen Sie wissen, daß anonyme Einsendungen in den Papierkorb wandern. —

Richtigstellung. Unter Parlamentarische Nachrichten (13. Mai) lies 10. Zeile von oben statt hatte: verteidigte. Zwölf Zeilen weiter lies statt Beurlaubung: Beruhigung. —

**Wasserstände.**

Moldau.	Eger.	Iser.	Elbe.	Fuß	Wage
Budweis	13. Mai	0.16	14. Mai	—	—
Prag	„	+ 0.78	„	+ 0.76	0.02
Jungbunzlau	„	+ 0.02	„	+ 0.22	—
Bann	„	+ 0.53	„	+ 0.52	0.01
Parbubitz	„	+ 0.25	„	+ 0.26	—
Brandels	„	+ 0.70	„	+ 0.65	0.05
Melmitz	„	+ 0.62	„	+ 0.57	0.05
Waltersgrün	„	+ 0.46	„	+ 0.42	0.04
Außig	„	+ 0.92	„	+ 0.90	0.02
Dresden	14. Mai	0.33	15. Mai	0.37	0.04
Torgau	„	+ 1.85	„	+ 1.81	0.04
Wittenberg	„	+ 2.48	„	+ 2.42	0.06
Hofplau	„	+ 2.04	„	+ 1.98	0.06
Barby	„	+ 2.45	„	+ 2.37	0.08
Magdeburg	„	+ 2.00	„	+ 1.92	0.08
Tangermünde	„	+ 2.89	„	+ 2.79	0.10
Wittenberge	„	+ 2.86	„	+ 2.75	0.11
Dömitz, Pegel	„	+ 2.53	„	+ 2.40	0.13
Lauenburg	„	+ 2.73	„	+ 2.59	0.14

# Umsturz-Broschüre!

Die stenographischen Berichte der Verhandlungen über die Umsturzvorlage im Reichstage werden mit Heft 3 der Broschüre: **Umsturz und Sozialdemokratie** fortgesetzt. Heft 3 (Preis 10 Pf.) ist voraussichtlich schon am 18. d. M. zu haben. Es enthält u. a. die Reden unserer Genossen **Mucr** und **Sebel**. Heft 4 wird als Schlußheft in kürzester Frist folgen.

Buchhandlung der Volksstimme.



## Hüte! Hüte! Hüte!

zu den denkbar billigsten Preisen and von  
bester Güte

### Mark 1.50, 2.00, 2.25, 3.00.



## Three Shillings Hat für 3 Mark

Seidenhüte v. 4.40 Mk., Strohhüte v. 40 Pf. an

Kauft man bei

# Hut-Fabrik **Adolf Brandes** Hut-Fabrik

24 Breiteweg 24.

**Die erste Grasbutter (soeben eingetroffen)**  
839 Pfund 1.00 Mk., bei  
**A. H. Völker**, Jakobstr. 5, Eckhaus der Gr. Marktstr.  
Große Strickerstraße 10 b, Entladen

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
(Filiale Magdeburg).  
Am Sonnabend, den 18. Mai, abends 8 Uhr, Versammlung bei  
Grotzsum, Kleine Klosterstraße 15/16.  
Lage-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Erziehung zur Ortsverwaltung.  
3. Verschiedenes.  
Da die letzte, sehr geweseene Versammlung wegen Mangels eines Versammlungsortes nicht tagen konnte, so erziehen wir jetzt um hiesigen Ort die Ortsverwaltung.

## Homöopathie!

Eine langjährige Erfahrung und gründliche Thätigkeit bei dem in ganz Deutschland reichlich bekanntem **Dr. med. Volbeding**, Homöopath in Erfurt, zeigen auch in den Städten, wovon vielen Kranken Heilung zu werden, die von dem für vorher behandelten Kranken als hoffnungslos betrachtet wurden.  
Die Behandlung erfolgt auch schriftlich und wolle man zu hiesigen Zweck über ganz besondere Berücksichtigung einwenden.  
Sprechstunden täglich, für Konsultation auch außer den auf meinen Anwesenheit angegebenen.

### Louis Visser, homöopath. Prakt.

Magdeburg, Jakobsstraße 3.

Kinderwagen, Reiterwagen, Korb, Leder, Seiler u. Bürkenwaren  
Heber Art empfiehlt jetzt zu den billigsten Preisen das Korbmachen-Gewerbe von  
**A. Küstermann**  
feldstraße 65. feldstraße 65.

Fortzugsfabrik u. wegen Aufgabe meiner  
Lithografie verlegt ich den Betrieb ab bis Montag, den 20. d. M., nachfolgend. Möbel, als: Lüge, Stühle, Spiegel, sehr Billigen u. auch Seiden u. Teppiche Billigen Preisen.  
Carl Wöhler, Tischlermeister, Remersleben

**Eier**, große, 3 d. 84  
**Speck**, 10 Pf. 58 d. 84  
**ff. Molkerbutter** 10 Pf. 1 d. 84  
Käse, große, 15 d. 84  
Grosse Domänen-Käse sind 5 d. 6 d. 25 d. 84  
**la. Schweizerkäse**  
groß gelocht u. klein, Pfund 80 d. 84  
herlebe amal 10 Pf. 60 d. 84 bei  
**V. Warzonski**  
Schönebeckstrasse No. 14.

Kranke, 17. Sudan Kranke, 17.  
Gr. Bismarckstr. u. Matzagen,  
Kranke, Kranke u. Kranke-Möbel in  
Kranke, Kranke u. Kranke  
50. Hermann Schatz, Tischler.  
Kranke, Kranke u. Kranke  
Kranke, Kranke u. Kranke  
Kranke, Kranke u. Kranke

### Todes-Anzeige.

850  
Am 15. d. Mts. starb nach langem  
schweren Leiden im 74. Lebensjahre  
unsere liebe Mutter und Schwieger-  
mutter, die  
**Witwe Sophie Klepp.**  
Die Beerdigung findet am Sonntag,  
nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause,  
Westerhüsen, Schulstraße 3, aus statt.  
Um stillen Beileid bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen.

### Standesamt.

Magdeburg, den 15. Mai.  
Aufgebote: Zeug-Präm.-Dienst. a. D.  
Georg Ehrlich in Berlin mit Helene Schulze  
hier. Schloffer Heinrich Ebeling mit  
Elisabeth Friede hier. Zeug-Vizeleutnant Ernst  
Georg Gustav Schulz hier mit Vertha  
Sophie Auguste Adler in Götze. Kaufm.  
Kaiser Friedrich Theodor Andree hier mit  
Eudowilla Ida Steinbaur in Kreuznach  
Bürgermeister Gust. Edm. Weincke in  
Sandau a. E. mit Ida Friederike Marg.  
Brünge in Budau. Restaurateur Hermann  
Fäger hier mit Emma Kaltsche in Schwedt  
a. L.  
Eheschließung: Kaufm. Rich. Auf  
hier mit Anna Bläß in Kroppstedt.  
Geburten: Katharina, T. des Restaur.  
Ab. Schubert, Elise, T. des Medizinal-  
und Uhrmachers Carl Friede. Erich, S. des  
Grabeners Oskar Wiffel. Erna, T. des  
Schlossers Gustav Weisger. Willy, S. des  
Schuhmachermeisters Ferd. Wiffel. Frieda,  
T. des Krankenwärters Willy. Geride. Paul,  
S. des Arb. Franz Dopycht.  
Todesfälle: Vertha geb. Ludwig,  
Ehefrau des Arb. Carl Geride, 38 J. 5 M. 6  
T. Reichold, unehelich, 2 M. 11 T.  
Dorothee geb. Kimmig, Ehefrau des Dienft-  
manns Christoph Wöhling, 71 J. 5 M. 28 T.  
Reinhold, S. des Schlossers Reich. Conrath  
5 M. 26 T. Frieda, T. des Kaufmanns  
Wag. Hoff, 11 M. 28 T. Clara geb.  
Ernst, Ehefrau des Realgymnasial-Lehrers  
Otto Lemme, 46 J. 9 M. 8 T. Ernst  
S. des Generalagenten Ab. Salomon, 4 J.  
6 M. 10 T. Anna geb. Luboll, Witwe des  
Grenzbataillonskapitän August Gade, 49 J.  
4 M. 11 T.  
Totgeburt: Eine Tochter, unehelich.  
Sudenburg, den 15. Mai 1895.

### Wochenberichte.

Magdeburg, 15. Mai. Die heutigen  
Marktpreise waren: Erbsen, gelbe zum Kochen  
15.00—20.00 M.; Speisebohnen, weiße,  
21.00—40.00 M.; Binsen 16.00—40.00 M.;  
Erfarroseln 5—6 M.; Nischstroh 3.50—  
4.50 M.; Krummstroh 2.50—3.00 M.; Ger.  
6.50—7.50 M. Alles für 100 kg. Rind-  
fleisch im Großhandel 0.94—1.10 M., von  
der Rente 1.30—1.40 M., Schafsch.  
1.10—1.20 M.; Schweinefleisch 1.20—1.40 M.;  
Kalbfleisch 1.10—1.30 M.; Gammelfleisch  
1.10—1.20 M.; Speck, ger., 1.60 M.; Fy-  
butter 2.00—2.40 M. Alles für 1 kg.  
Eier für 60 Stück 2.50—3.00 M.

### Vollstüde.

Freitag: Kartoffelbrot mit gebratenem Leber-  
Sonnabend: Saurelartoffelsuppe m. Rippchen-  
Soppe.  
Königliches Reichamt. Fürstentum-  
straße 10 pt. Geöffnet Mittwochs und  
Sonnabends von 8 Uhr vormittags bis  
3 1/2 Uhr nachmittags. — Die Poststelle  
für Rechnungen außerhalb der Amtsstelle  
befindet sich eine Treppe und ist täglich  
geöffnet von 8—12 Uhr vormittags.  
Grundbureau: Weinstraße 8.  
Königliche Erziehungskommission des  
Aushebungs-Bezirks Magdeburg.  
Weinstraße 9, Zimmer 23—24.  
Königl. Provinzial-Steuer-Direktion.  
Präsidentenstraße 34. Sprechstunde Son-  
tags 7—12 und 3—6, Wochentags 8—12  
und 2—6 Uhr.  
Königliche Regierung. Dompl. 3—4.  
Sprechstunde 8—3 Uhr.  
Einwohner-Verordnungs-Veranlagungs-  
kommission. Breitenweg 231 III, Eck  
Blumenstraße. Geöffnet an den Wochen-  
tagen vorm. von 9—12 Uhr.  
Königl. Polizei-Präsidium. Haupt-  
Dienstgebäude Neue Marktstraße 2.  
Bureaugebäude 8—1 und 3—6 Uhr.  
Abteilungen I und III Neue Marktstr. 2.  
Abteilung II Weinstraße 9.  
Bezirksauskunft Magdeburg. Dom-  
platz 4. Sprechstunde 8—3 Uhr.  
Einwohner-Meldeamt: Weinstraße 5.

Herrn Läger. Martha, T. des Selbsterbes  
Paul Renisch.  
Neustadt, 15. Mai 1895.  
Eheschließungen: Arbeiter Emil  
Graviat mit Marie Bergmann. Pfarrer  
Paul Hübner in Kleinbahn mit Elise  
Schäfer.  
Geburten: Hermann, S. des Arb.  
Gottlieb Pannede. Jenny, T. des Arbeiters  
Willy Hönning. Elisabeth, T. des Gerichts-  
aktuars Richard Möbke. Agnes, T. des  
Arb. Johann Rodas. Margarete, T. des  
Arbeiters Paul Schleiter. Elisabeth, T. des  
Gebrers Dito Große. Johannes Gustaf,  
unehelich.  
Todesfälle: Ehefrau des Tischlers  
Friedrich Bothe, Marie geb. Hoff, 60 J.  
4 M. 2 T. Charlotte, T. des Arbeiters  
Carl Buchmann, 2 M. 26 T. Otto, S. des  
Zuttermehlers Wilhelm Kühne, 1 J. 11 M.  
23 T. Willi, S. des Maurers Christian  
Höfel, 7 M. 23 T. Ehefrau des Wund-  
arztes Wilhelm Gehner, Emma geb. Hartmann,  
37 J. 10 M. 23 T. Frieda, T. des Arb.  
Friedrich Böhme, 8 M. 18 T.

Herrn Läger. Martha, T. des Selbsterbes  
Paul Renisch.  
Neustadt, 15. Mai 1895.  
Eheschließungen: Arbeiter Emil  
Graviat mit Marie Bergmann. Pfarrer  
Paul Hübner in Kleinbahn mit Elise  
Schäfer.  
Geburten: Hermann, S. des Arb.  
Gottlieb Pannede. Jenny, T. des Arbeiters  
Willy Hönning. Elisabeth, T. des Gerichts-  
aktuars Richard Möbke. Agnes, T. des  
Arb. Johann Rodas. Margarete, T. des  
Arbeiters Paul Schleiter. Elisabeth, T. des  
Gebrers Dito Große. Johannes Gustaf,  
unehelich.  
Todesfälle: Ehefrau des Tischlers  
Friedrich Bothe, Marie geb. Hoff, 60 J.  
4 M. 2 T. Charlotte, T. des Arbeiters  
Carl Buchmann, 2 M. 26 T. Otto, S. des  
Zuttermehlers Wilhelm Kühne, 1 J. 11 M.  
23 T. Willi, S. des Maurers Christian  
Höfel, 7 M. 23 T. Ehefrau des Wund-  
arztes Wilhelm Gehner, Emma geb. Hartmann,  
37 J. 10 M. 23 T. Frieda, T. des Arb.  
Friedrich Böhme, 8 M. 18 T.